

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend  
Direktor: Professor Dr. Michael Hüther  
Mitglieder: Verbände und Unternehmen  
in der Bundesrepublik Deutschland

Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, Jg. 36, 25. März 2010

## Vom Landei zum Stadtmenschen

Die Megacities boomen: Heute gibt es weltweit schon über 400 Städte mit mehr als einer Million Einwohnern; vor gut 30 Jahren waren es erst 200 Metropolen. Dieser Trend zeigt sich auch darin, dass im Jahr 2007 erstmals mehr Menschen in Städten als auf dem Land lebten. Im Jahr 2030 werden laut Prognosen der Vereinten Nationen sogar knapp 60 Prozent der Erdbevölkerung in Städten wohnen. Diese Entwicklung stellt die Kommunen vor große Herausforderungen – so wird etwa der Wohnraum knapper und die Kanalisation überlastet, vor allem in den Regionen

Asiens und Afrikas, deren Bevölkerung nach wie vor stark wächst. In Deutschland, wo bereits 74 Prozent der Menschen in Städten leben, setzt sich zwar ebenfalls die Wanderung in Richtung Stadt fort, aber die damit verbundenen Probleme sind gänzlich andere. Denn die Einwohnerzahl Deutschlands wird aller Voraussicht nach bis zum Jahr 2060 um bis zu 20 Prozent schrumpfen. Kleinere Städte und Gemeinden dürften aus diesem Grund mit immer mehr leerstehenden Immobilien und einer nicht ausgelasteten Infrastruktur zu kämpfen haben.

## In dieser Woche

**Aufenthaltsrecht:** Der Vorwurf, Zuwanderer würden den Sozialstaat in Deutschland ausnutzen, ist bei näherem Hinsehen unhaltbar. Denn das Ausländerrecht erlaubt es vielen Gruppen von Migranten überhaupt nicht, sich einen Job zu suchen. Seite 2

**Nutzfahrzeuge:** Die Kosten des Gütertransports per Lastkraftwagen werden maßgeblich durch Steuern und Abgaben mitbestimmt. Im europäischen Vergleich zahlen deutsche Spediteure überdurchschnittlich viel an Vater Staat und haben damit ein echtes Wettbewerbshandicap. Seite 3

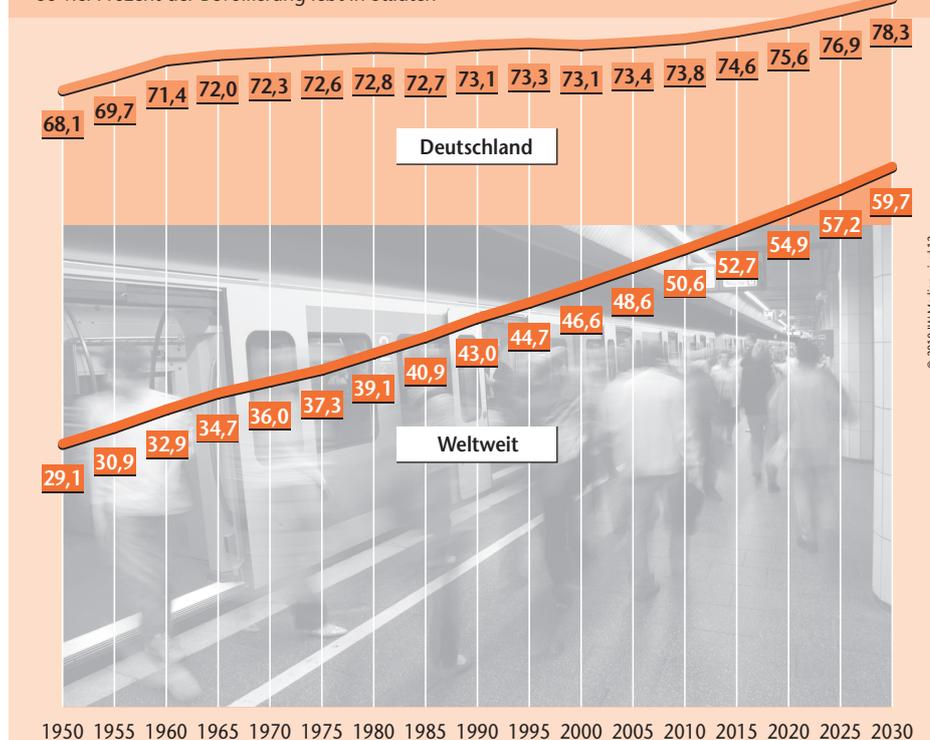
**Patente:** Die Zahl der Patentanmeldungen stagniert in Deutschland seit Jahren. Andere Staaten wie die USA oder China preschen dagegen vor. Zudem sinken die Patentzahlen hierzulande im Verhältnis zu den Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Daher sind neue Strategien zur Verwertung von Erfindungen gefragt. Seite 4-5

**Lohngerechtigkeit:** Die Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen würde Arbeitsplätze gefährden. Für staatliche Transfers in Form eines Kombilohns gilt dies dagegen nicht. Niedriglohnbezieher empfinden ein solches Aufstockungsverfahren keineswegs als ungerecht. Für sie ist es wichtig, dass das Haushaltseinkommen stimmt. Seite 6-7

**Sozialer Wohnungsbau:** Das seit 60 Jahren laufende Förderprogramm hat nach 1950 die Wohnungsnot zügig gemildert und den Grundstein für einen funktionierenden privaten Mietwohnungsmarkt gelegt. Mittlerweile gibt es jedoch genug bezahlbaren Wohnraum, und es ist an der Zeit, die Förderung einzustellen. Seite 8

### Wanderung in die Städte

So viel Prozent der Bevölkerung lebt in Städten



Ab 2010: Prognose  
Quelle: Vereinte Nationen

 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

## Aufenthaltsrecht

# Viele Migranten ohne Job-Chance

**Der Vorwurf, Zuwanderer würden den Sozialstaat in Deutschland ausnutzen, ist bei näherem Hinsehen unhaltbar. Denn das Ausländerrecht erlaubt es vielen Gruppen von Migranten gar nicht, sich in der Bundesrepublik einen Job zu suchen. Selbst qualifizierte Fachkräfte erhalten nur dann ein Aufenthaltsrecht und eine Arbeitserlaubnis, wenn sie hier Familie haben.**

Vor 50 Jahren, am 29. März 1960, traf die Bundesrepublik Deutschland ein Anwerbeabkommen mit Spanien und Griechenland. Es war nach einem entsprechenden Vertrag mit Italien die zweite Vereinbarung, die die systematische Anwerbung von Gastarbeitern regelte. Daraufhin kamen vor allem Geringqualifizierte nach Deutschland, was zunächst den Bedürfnissen des Arbeitsmarkts entsprach. Doch schon bald erwiesen sich die Bildungsdefizite der Migranten als schwerwiegendes Problem.

Auch weil der Arbeitsmarkt enger wurde, stoppte die Bundesregierung

schon 1973 die Rekrutierung ausländischer Arbeitskräfte. Dennoch sind in der politischen Diskussion immer wieder Vorwürfe zu hören, Zuwanderer kämen gezielt nach Deutschland, um hier die Leistungen des Sozialstaats in Anspruch zu nehmen. Diese Behauptung hält jedoch einer genaueren Überprüfung nicht stand. Zwar sind Migranten doppelt so häufig auf staatliche Transfers angewiesen wie die Bundesbürger:

**Im Jahr 2008 lebten 10 Prozent aller Einwanderer und sogar 14 Prozent der Migranten mit ausländischer Staatsangehörigkeit vorwiegend von Arbeitslosigkeit I oder II oder von der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt – aber nur 5 Prozent der Nicht-Migranten.**

Im Laufe der Zeit ist der Anteil der Zuwanderer, die von staatlicher Unterstützung abhängig waren, jedoch eher gesunken – 2005 waren noch 12 Prozent aller Migranten und 16 Prozent der Ausländer auf diese staatlichen Hilfen angewiesen.

Ein noch stichhaltigeres Argument gegen die Unterstellung, die Einwanderer würden sich bewusst in die soziale Hängematte legen, liefert das Zuwanderungsrecht. Denn eine Reihe von Migranten darf hierzulande überhaupt nicht arbeiten (Grafik):

**Von den 4,1 Millionen in Deutschland lebenden Einwanderern aus Nicht-EU-Ländern haben nur 60 Prozent freien Zugang zum Arbeitsmarkt. Für die übrigen 40 Prozent ist dagegen eine Beschäftigungsaufnahme lediglich begrenzt oder gar nicht möglich.**

So sind 17 Prozent der sogenannten Drittstaatler aus familiären Gründen in die Bundesrepublik eingereist – zu dieser Gruppe gehören vor allem Menschen, deren Ehepartner, Kinder oder Eltern bereits hier leben. Sie erhalten ein befristetes Aufenthaltsrecht und dürfen nur dann uneingeschränkt arbeiten, wenn etwa der Ehegatte Deutscher ist oder ebenfalls ein Arbeitsrecht ohne Wenn und Aber hat.

Zwar besitzen 2 Prozent aller Ausländer aus Nicht-EU-Staaten eine Aufenthaltserlaubnis, um eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Sie leben allerdings zunächst lediglich befristet in Deutschland und dürfen den genau festgelegten Arbeitsplatz, an den ihr Aufenthalt gebunden ist, oder gar das Unternehmen, das sie beschäftigt, keinesfalls aus eigenem Antrieb wechseln.

Ein uneingeschränktes Recht, sich hierzulande einen Job zu suchen, haben ansonsten grundsätzlich nur Migranten mit deutscher Staatsangehörigkeit, Drittstaatler mit einer Niederlassungserlaubnis – diese ist aber an zahlreiche Bedingungen wie ausreichende Deutschkenntnisse geknüpft –, Bürger aus den 15 „alten“ EU-Staaten sowie anerkannte Asylberechtigte.

## Migranten: Arbeitsmarktzugang oft eingeschränkt

So viel Prozent der rund 4,1 Millionen Nicht-EU-Staatsangehörigen, die Ende 2009 in Deutschland lebten, besaßen diese Aufenthaltserlaubnis

Eingeschränkter Zugang zum Arbeitsmarkt?  nein  ja

Dominierende Herkunftsländer bzw. -regionen

| Kategorie  | Anzahl | Zugang                           | Dominierende Herkunftsländer bzw. -regionen          |
|--|--------|----------------------------------|--|
| Niederlassungserlaubnis                            | 30     | <input type="radio"/>            | Türkei, ehem. Jugoslawien, ehem. Sowjetunion         |
| Unbefristet nach altem Ausländerrecht              | 28     | <input type="radio"/>            | Türkei, ehem. Jugoslawien                            |
| Sonstige Fälle (z.B. Heimatlose)                   | 2      | <input type="radio"/>            | Türkei, ehem. Jugoslawien, Afrika                    |
| Aufenthalts-erlaubnis nach EU-Recht                | 1      | <input type="radio"/>            | Ehem. Sowjetunion, ehem. Jugoslawien                 |
| Familiäre Gründe                                   | 17     | <input checked="" type="radio"/> | Türkei, ehem. Jugoslawien, Afrika                    |
| Völkerrechtliche, humanitäre und politische Gründe | 4      | <input checked="" type="radio"/> | Ehem. Jugoslawien, Irak, Türkei, Afrika, Afghanistan |
| Befristet nach altem Ausländerrecht                | 4      | <input checked="" type="radio"/> | Türkei, ehem. Jugoslawien                            |
| Aufnahme einer Ausbildung Ohne Aufenthaltstitel    | 3      | <input checked="" type="radio"/> | China, Afrika, Russische Föderation                  |
| Aufnahme einer Erwerbstätigkeit                    | 3      | <input checked="" type="radio"/> | Türkei, ehem. Sowjetunion, ehem. Jugoslawien         |
| Besondere Aufenthaltsrechte                        | 2      | <input checked="" type="radio"/> | China, USA, Indien, Japan, Russische Föderation      |
| Duldung  | 2      | <input checked="" type="radio"/> | Türkei, ehem. Jugoslawien, Afrika                    |
| Aufenthalts-gestattung                             | 2      | <input checked="" type="radio"/> | Ehem. Jugoslawien, Afrika, ehem. Sowjetunion         |
|  | 1      | <input checked="" type="radio"/> | Irak, Afrika, ehem. Sowjetunion, Afghanistan         |

Altes Ausländerrecht: gilt für Migranten, die bis 2004 nach Deutschland kamen und seitdem keine Verlängerung oder Veränderung ihres Aufenthaltsrechts beantragt haben; Niederlassungserlaubnis: ist unbefristet und wird z.B. erteilt, wenn ein Ausländer 5 Jahre eine befristete Aufenthaltserlaubnis besessen hat, seinen Lebensunterhalt sichern kann und über ausreichende Deutschkenntnisse verfügt; besondere Aufenthaltsrechte: z.B. Aufenthaltserlaubnis für ehemalige Deutsche oder für in anderen EU-Mitgliedsstaaten langfristig aufenthaltsberechtigte Ausländer; Duldung: vorübergehende Aussetzung der Abschiebung eines Ausländers, dessen Asylantrag abgelehnt wurde; Aufenthaltsgestattung: Ausländern, die einen Asylantrag gestellt haben, ist zur Durchführung des Asylverfahrens der Aufenthalt im Bundesgebiet gestattet  
 Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

## Nutzfahrzeuge

# Deutschland ist ein teures Pflaster

Die Kosten des Gütertransports per Lastkraftwagen werden maßgeblich durch Steuern und Abgaben mitbestimmt. Im europäischen Vergleich zahlen deutsche Spediteure überdurchschnittlich viel an Vater Staat – ein echtes Wettbewerbshandicap. \*)

Arbeitsteilung, Spezialisierung, industrielle Großproduktion und internationaler Handel – ohne Mobilität würde all dies nicht funktionieren. Der Verkehrssektor ist somit ein Schlüsselbereich für die ganze Volkswirtschaft.

Wie teuer es beispielsweise ist, eine Sache von A nach B zu transportieren, wird zum einen über sich am Markt bildende Preise bestimmt. Insbesondere der steuerfreie Anteil des Kraftstoffpreises und die eigentlichen Fahrzeugkosten sind hier relevant. Zum anderen hat aber auch der Staat seine Finger im Spiel. So bestimmt der Fiskus über Steuern und die sonstigen Abgaben, die auf Inbetriebnahme, Besitz und Nutzung von Kraftfahrzeugen erhoben werden – er legt etwa Zulassungsgebühren fest und kassiert beim Tanken die Mineralölsteuer.

Die durch den Staat entstehenden Kosten sind in Europa recht unterschiedlich. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln hat in einer Studie 23 europäische Länder untersucht. Spediteure in der Bundesrepublik haben demnach neben den Briten und Iren meist die größten Lasten zu stemmen. Dies ist sogar bereits der Fall, wenn die Lkw-Maut auf Autobahnen noch nicht eingerechnet ist. Wie viel die Besitzer der Lkws zahlen müssen, hängt vor allem von der Größe ihres Gefährts ab (Grafik):

**Bei einem typischen schweren Nutzfahrzeug mit einem Gewicht von über 7,5 Tonnen liegt Deutschland mit staatlich verursachten Kosten in Höhe von**

## Lkws in Deutschland: Gebremst durch staatliche Lasten

Belastung durch Steuern und Abgaben im Jahr 2009 in Cent je gefahrenen Kilometer

|                        | Leichte Nutzfahrzeuge | Mittlere Nutzfahrzeuge | Schwere Nutzfahrzeuge |
|------------------------|-----------------------|------------------------|-----------------------|
| Vereinigtes Königreich | 6,27                  | 11,14                  | 22,60                 |
| Irland                 | 4,37                  | 6,53                   | 16,89                 |
| Deutschland            | 4,63                  | 8,07                   | 16,10                 |
| Türkei                 | 5,86                  | 7,84                   | 14,75                 |
| Frankreich             | 4,99                  | 6,75                   | 14,56                 |
| Italien                | 3,76                  | 7,09                   | 14,52                 |
| Ungarn                 | 3,61                  | 6,66                   | 14,37                 |
| Niederlande            | 5,64                  | 7,36                   | 14,08                 |
| Tschechien             | 3,67                  | 6,65                   | 13,92                 |
| Dänemark               | 12,92                 | 6,92                   | 13,47                 |
| Finnland               | 5,72                  | 6,53                   | 13,40                 |
| Portugal               | 7,28                  | 6,58                   | 12,40                 |
| Österreich             | 4,50                  | 5,78                   | 12,14                 |
| Griechenland           | 5,15                  | 5,91                   | 11,98                 |
| Polen                  | 2,70                  | 5,27                   | 11,20                 |
| Estland                | 2,68                  | 5,16                   | 11,16                 |
| Lettland               | 3,15                  | 5,46                   | 11,06                 |
| Litauen                | 2,62                  | 5,12                   | 10,90                 |
| Belgien                | 3,20                  | 5,20                   | 10,82                 |
| Luxemburg              | 3,43                  | 5,45                   | 10,25                 |
| Spanien                | 3,30                  | 5,09                   | 10,11                 |

Ohne Island und Malta; Steuern und Abgaben: z.B. Zulassungsgebühren, Kraftfahrzeugsteuer, Steuern auf Kraftstoffverbrauch; schwere Nutzfahrzeuge: Gewicht von über 7,5 Tonnen; mittlere Nutzfahrzeuge: Gewicht von 3,5 bis 7,5 Tonnen; leichte Nutzfahrzeuge: Gewicht von unter 3,5 Tonnen  
 Ursprungsdaten: Europäische Vereinigung der Automobilhersteller

© 2010 IW Medien - iwd 12

**16,1 Cent je gefahrenen Kilometer hinter dem Vereinigten Königreich und Irland an dritter Stelle.**

Bei mittelgroßen Lkws, die zwischen 3,5 und 7,5 Tonnen wiegen, rangiert die Bundesrepublik hinter Großbritannien mit Kosten von 8,1 Cent je Kilometer sogar auf Platz zwei. Die Briten erheben eine besonders hohe Mineralölsteuer auf Diesel, die vor allem bei den mittleren und schweren Nutzfahrzeugen zum Tragen kommt, weil diese überdurchschnittlich viel Kraftstoff verbrauchen.

Besitzer von leichteren Nutzfahrzeugen müssen hingegen in Dänemark am tiefsten in die Tasche greifen – hier lassen die sehr hohen speziellen Verbrauchssteuern für leichte Fahrzeuge die Kosten nach oben klettern. Deutschland besetzt in dieser Fahrzeugkategorie mit 4,6 Cent je

Kilometer Platz zehn der 23 untersuchten Länder.

**Rechnet man all diese Kosten hoch, muss der Halter eines schweren Lkws in Deutschland während der sechsjährigen Nutzungsphase fast 92.000 Euro an den Fiskus zahlen; davon entfallen 88.000 Euro auf die Mineralölsteuer.**

Mit diesen Steuern und Abgaben entrichten Spediteure in der Bundesrepublik gut 23 Prozent mehr als ihre europäischen Kollegen – obendrauf kommen dann noch die Mautzahlungen.

Besitzer von mittelgroßen Nutzfahrzeugen zahlen pro Lkw hierzulande mit knapp 33.000 Euro über neun Jahre hinweg sogar 27 Prozent mehr als in Europa üblich. Den Löwenanteil der Ausgaben macht auch bei den mittelschweren Lastwagen die Mineralölsteuer aus.

Am besten kommen in Deutschland noch Eigentümer von leichten Nutzfahrzeugen weg: Mit knapp 11.000 Euro treten sie dem Fiskus über die mittlere Nutzungsdauer von

zwölf Jahren hinweg sogar etwas weniger ab als der durchschnittliche Halter kleiner Lkws in Europa. Wie bei den anderen Fahrzeugen sind die Ausgaben für die Mineralölsteuer der größte Posten.

Für die Gesamtwirtschaft bedeuten diese hohen staatlich verursachten Lasten, dass Transporte hierzulande teurer sind als im Ausland. Für Unternehmen, die auf die Transportfahrten im Inland angewiesen sind, ist das ein Problem – sie können ihre Waren und Dienstleistungen nicht zum gleichen Preis anbieten wie die Konkurrenz im Ausland, die weniger in den Weg ihrer Güter investieren muss. Vor diesem Hintergrund sollte der Fiskus in Deutschland nicht weiter an der Steuer- und Abgabenschraube drehen.

\*) Vgl. Hubertus Bardt, Winfried Fuest: Steuerliche Belastung von Nutzfahrzeugen in Europa, in: IW-Trends 1/2010

## Patente

# Tüfteln, testen – und was dann?

**Die Zahl der Patentanmeldungen stagniert in Deutschland seit vielen Jahren. Andere Staaten wie die USA oder China preschen dagegen rasant vor. Hinzu kommt, dass die Patentzahlen hierzulande im Verhältnis zu den Ausgaben für Forschung und Entwicklung sinken. Deshalb sind neue Strategien zur Verwertung von Erfindungen gefragt.**

Medikamente und Milchkühe, Schuhsohlen und Schneekanonen: Fast alles lässt sich patentieren. Relativ unbeeindruckt von der Weltwirtschaftskrise meldeten heimische Erfinder und Firmen im vergangenen Jahr die stolze Zahl von 47.859 Ideen beim Deutschen Patent- und Markenamt (DPMA) an, um sie schützen zu lassen – das waren nur knapp 3 Prozent weniger als 2008. Die meisten Produktneuheiten kamen – wie schon in den Vorjahren – aus dem Fahrzeug- und Maschinenbau. Auch aus dem Bereich der regenerativen Technologien wurden viele Neuheiten zum Patent angemeldet – vor allem rund um die Solartechnik und die Windkraft.

In den vergangenen zehn Jahren bewegten sich die Anmeldezahlen beim DPMA immer um die 50.000 – insofern

ist der jüngste Rückgang bei den Patentanmeldungen also alles andere als besorgniserregend. Ein wenig anders sieht die Lage allerdings aus, wenn man den Patentanmeldungen die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung (FuE) gegenüberstellt (Grafik):

**Obwohl die FuE-Aufwendungen in Deutschland zwischen 1997 und 2007 um 60 Prozent auf 70 Milliarden Dollar gestiegen sind, hat sich die Zahl der nationalen Patentanmeldungen in diesem Zeitraum kaum verändert.**

Die weltweiten Patentanmeldungen deutscher Unternehmen sind zwar gestiegen – im Verhältnis aber immer noch deutlich geringer als die Ausgaben für Forschung und Entwicklung.

Anders sieht es etwa in den USA aus. Während in Übersee die Forschungs- und

Entwicklungsausgaben seit 1997 um 73 Prozent auf 369 Milliarden Dollar im Jahr 2007 zulegten, haben sich die Patentanmeldungen im selben Zeitraum sogar mehr als verdoppelt.

Für die größere Patentierfreudigkeit gibt es mehrere Gründe:

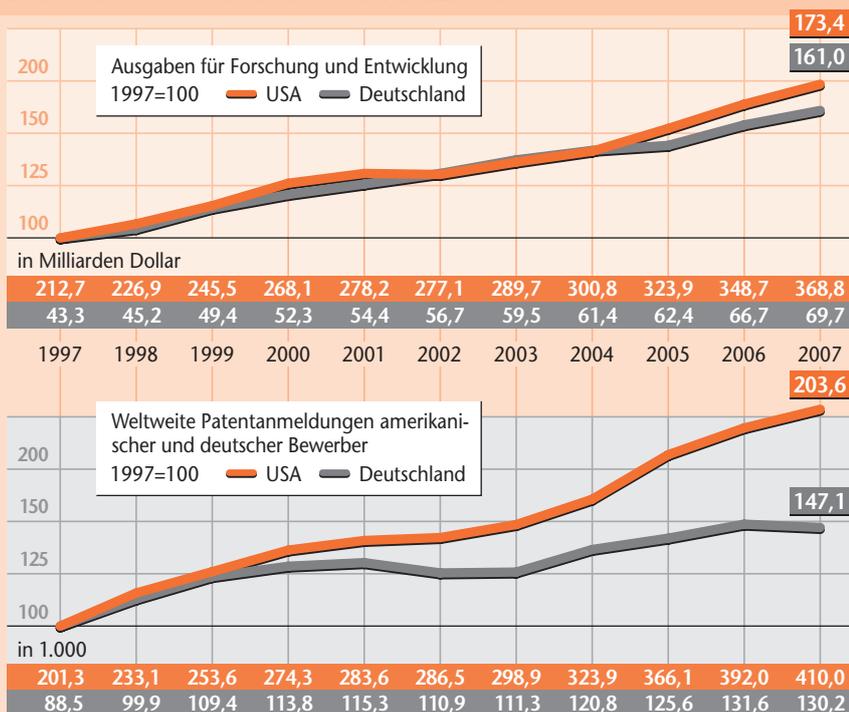
- **Unterschiedliches Patentrecht.** Das deutsche Patentrecht stellt deutlich höhere Anforderungen an den technologischen Neuheitswert einer Erfindung als das amerikanische. So kann in den USA prinzipiell auf jedes neue und brauchbare Produkt ein Patent beantragt werden – und zwar anders als hierzulande auch noch bis zu einem Jahr nach der ersten Veröffentlichung oder Bekanntmachung. Zudem vergibt das United States Patent and Trademark Office (USPTO) im Gegensatz zum Deutschen Patent- und Markenamt auch Schutzrechte auf Softwareprodukte sowie auf gentechnisch erzeugte Substanzen und Lebewesen.

- **Teure Reichweite.** Für deutsche Unternehmen stellt sich die Frage, wo sie ihre Erfindung schützen lassen wollen – entweder nur hierzulande oder europaweit. Doch das europäische Patentwesen ist zersplittert: Es gibt zwar ein Europäisches Patentamt, aber kein Europapatent, das in allen Ländern der Staatengemeinschaft gilt. Wenn ein innovatives Unternehmen eine Erfindung zentral beim Europäischen Patentamt anmeldet, vergeben vielmehr die jeweiligen nationalen Patentämter die Schutzrechte. Weil sämtliche Anträge und Recherchen für jedes Mitgliedsland einzeln übersetzt werden müssen, ist die Beantragung eines Europapatents eine besonders kostspielige Angelegenheit:

**Das Patentwesen in Europa ist mehr als dreimal so teuer wie in den USA oder Japan.**

Dennoch sind die Anmeldezahlen beim Europäischen Patentamt in der Vergangenheit stärker gestiegen als beim DPMA: Während die heimischen Unternehmen 2007 nur rund 3.400 Erfindungen mehr beim deutschen Patentamt anmeldeten als zehn Jahre zuvor, gab es

## Patente: USA werden effizienter



Quellen: UNESCO Institut for Statistics, World Intellectual Property Organization

bei der europäischen Behörde im selben Zeitraum ein Plus von rund 11.300 Ideen deutscher Betriebe. Ursache dafür dürften die weitergehenden Schutzrechte auf der Europaebene sein: Denn für ein Produkt oder eine Idee, die nur mit einem nationalen Patent belegt ist, gilt der Patentschutz auch nur bis zur Landesgrenze – der Betrieb kann also lediglich in diesem einen Land gegen Patentverletzungen wie Plagiate vorgehen.

• **Geringe Vermarktung.** Auf dem deutschen Patentmarkt herrscht ein großes Informationsdefizit. Zwar können die meisten Betriebe noch relativ gut einschätzen, inwieweit eine Erfindung ihrem Unternehmen selbst nutzt – doch gerade kleine und mittlere Unternehmen haben enorme Schwierigkeiten, die Marktchancen einer Innovation jenseits des eigenen Betriebs oder gar der eigenen Branche zu bewerten. So kommt es, dass kleinere Firmen ihre Ideen oft lediglich dann schützen lassen, wenn sie auch im eigenen Betrieb produziert und vermarktet werden können:

**Eine IW-Studie ergab, dass mehr als 80 Prozent der kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland nur selbst entwickelte oder mitentwickelte Patente in ihrem Portfolio haben. Er-**

## SIGNO: Hilfe beim Ideenschutz

Einen Standard zur Patentbewertung hat die Initiative SIGNO in dieser Woche auf den Weg gebracht. Mit SIGNO, das für den Schutz von Ideen für die gewerbliche Nutzung steht, unterstützt das Bundeswirtschaftsministerium Hochschulen, Unternehmen und Erfinder bei der rechtlichen Sicherung und Verwertung ihrer Erfindungen. Im Rahmen von SIGNO haben seit 1996 rund 7.900 Unternehmen einen Antrag auf Unterstützung bei der Patentanmeldung gestellt. Etwa 80 Prozent der Anträge, die mithilfe von SIGNO auf den Weg gebracht werden, erhalten auch ein Patent beim Deutschen Patent- und Markenamt (DPMA). Die übliche Zuteilungsrate beim DPMA liegt bei etwa 50 Prozent – angesichts der durchschnittlichen Kosten einer Anmeldung von 3.000 bis 4.000 Euro ein erheblicher Unterschied. Mit dem Projektmanagement für SIGNO ist das Institut der deutschen Wirtschaft Köln beauftragt.

Weitere Informationen unter:  
[www.signo-deutschland.de](http://www.signo-deutschland.de)

**findungen dagegen, die im eigenen Betrieb nicht genutzt werden können, werden häufig erst gar nicht zum Patent angemeldet.**

Obwohl die deutsche Wirtschaft erfindungsstark ist, kommen so nur wenige Neuheiten über das Stadium des Prototyps hinaus: Lediglich etwa 13 Prozent der Produktideen schaffen es auf den Markt.

In den USA und in China ist die Informationslücke bezüglich der Verwertungsperspektiven nicht ganz so groß wie hierzulande – ein größeres Angebot an Risikokapital sowie eine höhere Risikobereitschaft sorgen dort dafür, dass mehr Erfindungen den Weg zur Marktreife absolvieren.

China hat die Europäer beispielsweise bei der Herstellung von Solarzellen und Windturbinen abgehängt und rund um die Technologie der Hochgeschwindigkeitsbahnen fast 1.000 Patente angemeldet. Ebenso liegt die Volksrepublik bei der Gesamtzahl der Patente längst vor der Bundesrepublik:

**Im Jahr 2007 betrug die Zahl der Patentanmeldungen von China auf der ganzen Welt 160.000 – das waren rund 30.000 mehr, als von deutschen Erfindern kamen. Zehn Jahre zuvor ließen sich die hiesigen Entwickler und Erfinder mit knapp 90.000 Patenten noch siebenmal so oft ihre Ideen schützen wie die chinesische Konkurrenz.**

Angesichts der Finanzkrise stehen die Chancen, dass Deutschland in absehbarer Zeit deutlich mehr Forschungsfrüchte ernten wird, eher schlecht. Zwar hat der Sachverständigenrat in seinem jüngsten Gutachten empfohlen, die Forschungs- und Entwicklungsausgaben auszuweiten, doch weder die Unternehmen noch der Staat dürften aufgrund der angespannten Haushaltslage dazu in der Lage sein. Auch die Zurückhaltung der Banken bei der Unternehmensfinanzierung dürfte es vielen Betrieben schwer machen, ihre Forschungsaktivitäten nennenswert auszuweiten.

Doch statt krampfhaft nach mehr Innovationen zu rufen, könnte man auch einfach die vorhandenen Forschungsergebnisse effizienter verwerten. Wenn es einen Markt für Innovationen gäbe, könnten sich dort beispielsweise kleine

## Forschung: Wissenstransfer eher nachrangig

Hauptaufgaben der außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Deutschland, in Prozent



und mittlere Unternehmen, die wenig Forschungsmöglichkeiten haben, fremde Technologien zukaufen oder per Lizenzvertrag nutzen.

Dafür bräuchte es allerdings ein objektives Verfahren, das den Wert von Ideen und Innovationen für alle beteiligten Akteure einschätzen kann. Großunternehmen können solche Bewertungen meist in der eigenen Patentabteilung durchführen; kleine und mittlere Unternehmen jedoch bedürfen hierfür der staatlichen Unterstützung (Kasten).

Dass die Vermittlung solchen Wissens auch in der Forschungslandschaft nicht unbedingt zu den vorrangigen Aufgaben zählt, zeigt eine Befragung des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung: Nur 15 Prozent der außeruniversitären Forschungseinrichtungen gaben an, dass der Wissenstransfer an die Allgemeinheit für sie von höchster Bedeutung sei (Grafik). Am wichtigsten ist für die meisten vielmehr die angewandte und die Grundlagenforschung.

## Fachtagung: Den MINT-Nach- wuchs sichern



Hinter der Abkürzung MINT verbergen sich die Fachgebiete Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik – allesamt Bereiche, in denen qualifizierter Nachwuchs in Deutschland schon seit längerem selten ist.

Zwar hat die aktuelle Konjunkturkrise dazu geführt, dass im Jahr 2009 weniger Fachkräfte fehlten als in Wachstumsjahren. Doch die wirtschaftliche Erholung und der demografische Wandel werden dazu führen, dass die Fachkräftelücke deutlich zunimmt. Insbesondere bei Ingenieuren dürften sich erhebliche Engpässe ergeben.

Für kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die bereits heute überproportional vom Fachkräftemangel betroffen sind, ist es deshalb besonders wichtig, qualifizierte MINT-Beschäftigte zu gewinnen und an sich zu binden. Eine wirkungsvolle Ausrichtung der Personalarbeit stellt für KMU einen zentralen Wettbewerbsfaktor dar – auch, weil die Unternehmen häufig mit einem geringeren Budget für die Suche nach neuen Mitarbeitern und die Qualifikation ihres Personals auskommen müssen als größere Konkurrenten.

**Das IW Köln lädt KMU-Verantwortliche deshalb für den 20. April zur Tagung „MINT-Fachkräftesicherung in kleinen und mittleren Unternehmen“ ein. Auf der Veranstaltung erhalten die Betriebe Tipps, wie sie ihren Fachkräftebedarf dauerhaft sichern können:**

- KMU, die für ihre erfolgreiche Personalarbeit ausgezeichnet wurden, stellen diese vor und diskutieren mit den Tagungsteilnehmern über ihre Erfahrungen.
- Das IW Köln und das RKW – das Rationalisierungs- und Innovationszentrum der Deutschen Wirtschaft e.V. – präsentieren einen personalwirtschaftlichen Instrumentenkasten, der den kleinen und mittleren Unternehmen hilft, MINT-Fachkräfte zu gewinnen und an sich zu binden.
- Die Veranstaltung bietet die Möglichkeit, sich über die Arbeitsmarktperspektiven für Beschäftigte mit MINT-Qualifikationen zu informieren.

Zur Tagung eingeladen sind alle interessierten Unternehmen, Verbände und Kammern.

Weitere Informationen: Christian Hollmann,  
Telefon: 0221 4981-686  
E-Mail: [hollmann@iwkoeln.de](mailto:hollmann@iwkoeln.de)  
Internet: [www.iwkoeln.de/kmu-mint](http://www.iwkoeln.de/kmu-mint)

## Lohngerechtigkeit

# Das Haushaltseinkommen zählt

**Die Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen mit dem Ziel, mehr Lohngerechtigkeit zu schaffen, wäre ein riskantes Unterfangen. Denn alle Arbeitsplätze, die sich dann nicht mehr rechnen, stünden auf der Kippe. Staatliche Transferzahlungen in Form eines Kombilohns – z.B. durch ergänzendes Arbeitslosengeld II – gefährden dagegen keine Jobs. Niedriglohnbezieher empfinden ein solches Verfahren keineswegs als ungerecht. Für sie ist wichtig, dass das gesamte Haushaltseinkommen stimmt. Das zeigt eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln.\*)**

Ob jemand seinen Lohn als gerecht empfindet, hängt von zahlreichen Faktoren ab – etwa der Ausbildung, der Berufserfahrung, dem Geschlecht oder dem Lebensalter. So fühlen sich Beschäftigte in kleinen Betrieben, Männer, Ältere, Vollzeitbeschäftigte und Arbeitnehmer mit hohen Bildungsabschlüssen häufiger ungerecht bezahlt als Mitarbeiter großer Betriebe, Frauen, Jüngere, Teilzeiter und Arbeitnehmer mit geringer Qualifikation. Das haben verschiedene Studien zum Thema Lohngerechtigkeit ergeben.

Offen bleibt in diesen Untersuchungen aber, ob sich das Gerechtigkeitsempfinden zwischen Beschäftigten am oberen und unteren Rand der Einkommensskala unterscheidet – was anzunehmen ist. Diese Wissenslücke hat jetzt eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) geschlossen. Sie stützt sich auf Daten des Sozio-oekonomischen Panels.

Wer herausfinden möchte, wie zufriedenen Geringverdiener mit ihrem Einkommen sind, muss diese Gruppe zunächst einmal definieren. Dafür gibt es zwei Möglichkeiten. Man könnte sich die

Definition der OECD zu eigen machen, welche die Grenze bei einem Bruttostundenlohn von knapp 9 Euro zieht (Kasten). Das IW Köln setzt mit seinen Untersuchungen jedoch bei 7,50 Euro an. Diese Marke wurde bislang in der öffentlichen Diskussion über gerechte Löhne häufig verwendet. Denn 2005 beschloss der DGB, einen gesetzlichen Mindestlohn in dieser Höhe zu fordern – das sei „fair“.

Differenziert man die Daten des Sozio-oekonomischen Panels nach den beiden Einkommensgruppen – einmal unterhalb und einmal oberhalb von 7,50 Euro –, ergibt sich folgendes Stimmungsbild in Sachen Lohngerechtigkeit (Grafik):

**Mehr als 60 Prozent der Beschäftigten außerhalb des Niedriglohnsektors empfinden ihren Lohn als gerecht. Von den Geringverdienern können sich dagegen nur 45 Prozent mit ihrem derzeitigen Salär anfreunden.**

Offenbar fühlen sich vor allem Menschen am unteren Ende der Lohnskala ungerecht behandelt. Allerdings lässt sich diese Gruppe nicht über einen Kamm scheren (Grafik Seite 7):

- **Arbeitspensum.** Zunächst fällt auf, dass die Zufriedenheit mit dem Gehalt abnimmt, je länger jemand an seinem Arbeitsplatz verweilt: So empfinden mehr als zwei Drittel der Vollzeitbeschäftigten, die je Stunde weniger als 7,50 Euro brutto verdienen, ihren Lohn als ungerecht – aber nur etwas mehr

### Verdienste: Die gefühlte Gerechtigkeit

So viel Prozent der Arbeitnehmer mit einem Bruttostundenlohn von ... fühlen sich ... bezahlt

|                       | gerecht | ungerecht |
|-----------------------|---------|-----------|
| weniger als 7,50 Euro | 45,5    | 54,1      |
| 7,50 Euro und mehr    | 60,9    | 38,7      |

Befragung von rund 7.000 Arbeitnehmern;  
Differenz zu 100: keine Angabe; Stand: 2007  
Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

\*) Vgl. Hagen Lesch, Jenny Bennet: Arbeit und Fairness – Die Suche nach dem gerechten Lohn, IW-Analysen Nr. 59, Köln 2010, 128 Seiten, 24,90 Euro. Bestellung über Fax: 0221 4981-445 oder unter: [www.iwmedien.de](http://www.iwmedien.de)

als die Hälfte aller Teilzeitbeschäftigten und knapp 28 Prozent der geringfügig Beschäftigten.

Arbeitnehmer, die ihre Arbeitskraft in vollem Umfang einsetzen, stellen offenbar größere Ansprüche an ihre Entlohnung als Arbeitnehmer in Teilzeit oder mit einem Minijob. Von diesen sind viele wohl primär daran interessiert, einer sinnvollen Beschäftigung nachzugehen, soziale Kontakte zu knüpfen oder einen Zusatzverdienst zu haben. Die Höhe des eigenen Einkommens spielt dann eine nicht ganz so entscheidende Rolle.

#### • West- und Ostdeutschland.

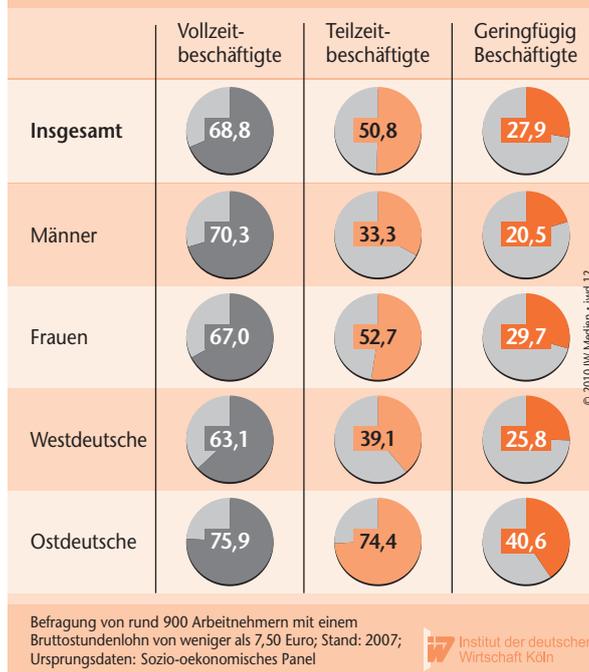
Erhebliche Differenzen lassen sich zwischen ost- und westdeutschen Arbeitnehmern beobachten. So fühlen sich z.B. Ostdeutsche, die weniger als 7,50 Euro je Stunde verdienen, generell ungerechter behandelt als Westdeutsche. Besonders groß ist die Diskrepanz bei den Teilzeitbeschäftigten. In den neuen Ländern empfinden fast drei Viertel dieser Beschäftigten ihr Salär als ungerecht – im Westen sind es nur knapp 40 Prozent.

Ostdeutsche messen ihr Gehalt oft mit dem eines Westdeutschen – und sind dann enttäuscht, wenn sie für die gleiche Tätigkeit weniger erhalten.

• **Männer und Frauen.** Insbesondere teilzeitbeschäftigte Frauen meinen häufiger, sie würden ungerecht bezahlt, als teilzeitbeschäftigte Männer. Ähnliches

## Geringverdiener: Ostdeutsche sind unzufriedener

So viel Prozent der befragten Geringverdiener empfinden ihren Lohn als ungerecht



gilt für die geringfügig Beschäftigten. Die Vollzeitbeschäftigten hingegen sind – egal ob Mann oder Frau – in etwa gleichermaßen unzufrieden mit ihrem Lohn.

Dass Männer in kleinen Beschäftigungsverhältnissen deutlich seltener mit ihrem Schicksal hadern, könnte folgenden Grund haben: Offenbar entscheiden sich Männer – wenn sie etwa in Teilzeit gehen, um ihre Kinder betreuen zu können – ganz bewusst für diese Arbeitsform. Frauen dagegen müssen häufiger Familie und Beruf verbinden und

sind daher auch schon mal enttäuscht, wenn sie mit einem Teilzeitjob anstatt einer vollen Stelle vorliebnehmen müssen.

In einem weiteren Schritt hat das IW Köln untersucht, ob für die Bewertung der Lohngerechtigkeit vor allem Leistungsfaktoren wie Bildung, Arbeitseinsatz und Betriebszugehörigkeit eine Rolle spielen. Oder empfinden Arbeitnehmer ihre Entlohnung schon dann als gerecht, wenn sie insgesamt – inklusive aller weiteren Haushaltseinkommen – genug zum Leben haben? Die Antwort:

**Leistungsindikatoren.** Wer im Niedriglohnssektor nach eigener Einschätzung viel leistet, weil er einen 8-Stunden-Tag hat, fühlt sich eher ungerecht bezahlt als jemand, der kürzer tritt. Aber auch ein steigendes Lebensalter, das in der Regel mit einer größeren Berufserfahrung verbunden ist, erhöht die Lohnansprüche der Beschäftigten.

Wer hingegen schon länger im Betrieb ist, stuft seine Bezahlung seltener als ungerecht ein. Möglicherweise führt die Identifikation mit dem Unternehmen dazu, dass die eigenen Befindlichkeiten etwas in den Hintergrund treten.

**Bedarfskomponenten.** Die Zahl der Kinder oder der Familienstand beeinflussen die Gerechtigkeitsbeurteilung überraschenderweise nicht. Allerdings empfinden die Beschäftigten ihre Entlohnung eher als angemessen, wenn sie das Gesamteinkommen ihres Haushalts als zufriedenstellend betrachten. Dieses Ergebnis ist bemerkenswert. Denn es zeigt, dass es nicht so sehr auf das eigene Gehalt ankommt. Viel wichtiger sind die dem Haushalt insgesamt zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen.

Für die Mindestlohndebatte ist gerade dieses Ergebnis wichtig: Wer etwas mehr als 7,50 Euro die Stunde verdient, fühlt sich nicht unbedingt gerechter behandelt als jemand, der wenig verdient und deswegen ergänzendes Hartz IV bekommt. Lohnsubventionen haben jedoch einen positiven Effekt: Sie machen Arbeit nicht unnötig teuer. Ein Mindestlohn dagegen sorgt in vielen Fällen dafür, dass sich die Stelle nicht mehr rechnet – und wegfällt.

## Niedriglohnssektor

Laut OECD gehören zum Niedriglohnssektor alle Arbeitnehmer, die weniger als zwei Drittel des Medianeinkommens verdienen. Dieser Mittelwert ergibt sich, wenn man alle Arbeitnehmer nach ihrem Einkommen aufreicht – der Verdienst desjenigen Arbeitnehmers, der genau in der Mitte dieser Reihe steht, ist dann das Medianeinkommen. Im Vergleich zum Durchschnittseinkommen bildet das Medianeinkommen das mittlere Lohnniveau besser ab, weil es weniger anfällig gegen Ausreißer nach oben oder unten ist.

Eine vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln vorgenommene Auswertung des Sozio-oekonomischen Panels – einer regelmäßigen Haushaltsbefragung – ergibt für das Jahr 2007 ein Medianeinkommen von 13,37 Euro je Stunde. Nach der Zweidrittelregel errechnet sich daraus eine Niedriglohnschwelle von 8,91 Euro. Knapp 21 Prozent aller Arbeitnehmer verdienten 2007 bundesweit weniger, wobei in Ostdeutschland die Quote mit 36 Prozent doppelt so hoch war wie in Westdeutschland.

## Sozialer Wohnungsbau

# Verdienter Ruhestand

**In diesen Tagen feiert der soziale Wohnungsbau seinen 60. Geburtstag. Dieses Förderprogramm war wichtig, um die Wohnungsnot nach dem Zweiten Weltkrieg zügig zu mildern. Außerdem legte es den Grundstein für einen funktionierenden privaten Mietwohnungsmarkt. Mittlerweile gibt es jedoch genug bezahlbaren Wohnraum, und es ist an der Zeit, die Förderung einzustellen.**

Die Wohnungsnot war nach dem Zweiten Weltkrieg eines der dringendsten wirtschaftspolitischen Probleme. Im Jahr 1950 fehlten in Westdeutschland rund 4,5 Millionen Wohnungen. Vor diesem Hintergrund wurde im selben Jahr das 1. Wohnungsbaugesetz verabschiedet: Es sollte helfen, mittels staatlicher Subventionen „Wohnungen zu schaffen, die nach Größe, Ausstattung und Miete oder Belastung für breite Schichten des Volkes bestimmt und geeignet sind“. Dieser sogenannte soziale Wohnungsbau erwies sich als sehr effektiv. Bereits 1956 fehlten nur noch 2,3 Millionen Wohnungen, bis 1962 schrumpfte die Lücke auf 660.000 Wohnungen – obwohl parallel zum Wohnungsbau die Zahl der Haushalte deutlich nach oben geklettert war.

Ein weiterer Verdienst des sozialen Wohnungsbaus liegt darin, dass er die Grundlage für einen funktionierenden privaten Mietwohnungsmarkt gelegt hat.

Zwar verpflichtet sich ein privater Eigentümer dabei zunächst, die Wohnungen ausschließlich an bedürftige Personen zu vermieten. Nach einer gewissen Bindungsfrist allerdings kann jeder diese Wohnungen mieten – sie stehen dann dem freien Markt zur Verfügung.

In Großbritannien richteten sich ähnliche Programme hingegen ausschließlich an öffentliche Unternehmen. Bedingt durch strikte Kostenvorgaben wurde jedoch oft mangelhaft gebaut und so waren die Wohnungen sowohl für neue Mieter als auch Käufer unattraktiv. Nicht zuletzt deswegen konnte sich auf der Insel nie ein privater Mietwohnungsmarkt etablieren.

Die Schattenseite des sozialen Wohnungsbaus deutscher Prägung: Er verfehlt oft sein Ziel. So soll das Programm vornehmlich sozial schwachen Schichten zugute kommen. Deshalb darf die Miete nur so hoch sein, dass sie die laufenden Kosten deckt – die Bauherren haben somit aber wenig Anreiz, wirtschaftlich zu agieren. In Berlin gibt es beispielsweise einige Wohnanlagen, in denen die Kostenmiete über der Marktmiete liegt.

Schlimmer ist jedoch, dass in den Wohnungen nicht nur bedürftige Menschen leben. Schätzungen gehen davon aus, dass mehr als 40 Prozent der Sozialwohnungen fehlbelegt sind. Die „falschen“ Mieter müssen allerdings nicht ausziehen. Sie werden höchstens zu einer Fehlbelegungsabgabe verdonnert. Am eigentlichen Problem ändert dies nichts.

Seit dem Jahr 2001 entscheiden die Bundesländer über die Ausgaben für den sozialen Wohnungsbau. Viele haben die Mittel deutlich gekürzt und lassen die Programme auslaufen (Grafik):

**In Nordrhein-Westfalen etwa dürfte die Zahl der preisgebundenen Woh-**

### Sozialer Wohnungsbau: Bedeutung nimmt ab

Seit dem Jahr 2001 entscheiden die Länder über die Ausgaben zum sozialen Wohnungsbau. Viele haben die Mittel deutlich gekürzt und lassen die Programme auslaufen, wie zum Beispiel Nordrhein-Westfalen.

Preisgebundene Wohnungen in Nordrhein-Westfalen



Ab 2010: Prognose  
Quelle: Wohnungsförderungsanstalt NRW

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

**nungen gegenüber 2008 bis zum Jahr 2040 um mehr als 90 Prozent zurückgehen.**

In Berlin schrumpft der Bestand nach Angaben der Senatsverwaltung bis 2018 um etwa ein Drittel.

Der soziale Wohnungsbau ist jedoch nur ein Instrument der sogenannten Objektförderung. Die Länder und vor allem die Kommunen besitzen immer noch über 2 Millionen Wohnungen, die sie zum Teil zu Konditionen unterhalb des Marktniveaus vermieten. Die Kosten hierfür sind jedoch immens. So belasteten die Jahresergebnisse der öffentlichen Wohnungsunternehmen die Haushalte zwischen 2000 und 2007 mit insgesamt mehr als 3 Milliarden Euro.

Für Adressaufkleber